
SPD ECHO

MÄRZ 2022

Aus dem Marktgemeinderat

- 3 Hilfe vor Ort
- 4 Marktrat aktuell
- 5 Jahresabschlussrede im Marktgemeinderat
- 6 Antrag auf Erneuerung von Verkehrs- und Straßenschildern

Aus Ort und Kreis

- 7 Solidarität während Corona: Demos und Gegendemos
- 8 Jusos fordern kostenlose Menstruationsartikel in Einrichtungen des Landkreises

Turbulente Woche

- 9 Erinnern an Hanau
- 10 Mindestlohn auf 12 EURO
- 11 Söders Kabinett-Karussell
- 12 Putin beginnt seinen Krieg

Land und Bund

- 13 von Brunn kritisiert Söders One-Man-Show der Kabinettsumbildung
- 14 Söders Bayern Heim ein Flop
- 15 Bundesregierung ernennt Rassismusbeauftragte
- 15 Mehr Lohngerechtigkeit
- 16 Herzlichen Glückwunsch, Frank-Walter Steinmeier!

VORWORT

Liebe Leserin, lieber Leser,

wir alle sind erschüttert über Putins Angriffskrieg auf die Ukraine. Nichts beschäftigt uns dieser Tage mehr. Ob im Fernsehen, im Radio, durch Benachrichtigungen auf unserem Handy oder auch einfach in unseren Gedanken, den täglichen Gesprächen und den politischen Diskussionen.

Unsere volle Solidarität gilt der Ukraine. Es macht betroffen und traurig, dass dort Menschen sterben müssen, die um ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen. Viele werden aus ihrem Land vertrieben. Auch ihnen gilt unsere Solidarität und es ist nun auch uns, ihnen bestmöglich zu helfen. Denn wir können helfen. Hinweise dazu finden sie auf der nächsten Seite.

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass es nicht der Krieg „der Russen“ ist, sondern Putins Krieg. Zahlreiche Leute gehen in Russland auf die Straße und demonstrieren gegen diesen Überfall - mit dem klaren Wissen, dafür gefangengenommen und bestraft zu werden. Das zeigt in besonderem Maße, dass Putin auf eigene Faust handelt und dabei rücksichtslos und totalitär vorgeht. Er ist ein lupenreiner Autokrat.

Wir hoffen sehr, dass die Kämpfe bald beendet werden können - am besten auf diplomatischem Weg. Putin darf dabei nicht der Sieger sein. Daher steht die gesamte freiheitliche und demokratische Welt zusammen und unterstützt die Ukraine auf verschiedenste Weisen.

Es ist schwer, von diesem Thema jetzt noch auf ein anderes Hinzuweisen, das in dieser Ausgabe vorkommt. Daher verzichten wir auch darauf.

Volle Solidarität mit der Ukraine!

Die Redaktion:

Samuel Herrmann Jürgen Kroth Marco Wetzelsberger Martin Kreuzer

Kleinwallstadt

SPD

Hilfe vor Ort

Liebe Bürger:innen,

der Angriffskrieg auf die Ukraine schafft in uns allen vor allem das Eine: Sprachlosigkeit. Gleichzeitig macht es uns betroffen, ist es doch ein Angriff von so bisher nicht gekannter Härte und gleichzeitiger räumlicher und persönlicher Nähe zu uns.

Viele von uns haben momentan das Gefühl, dass man „doch etwas tun muss“. Es ist wichtig, die Hunderttausende Menschen, die aktuell auf der Flucht sind, zu unterstützen, wo es geht. Die momentanen Möglichkeiten unsereins sind beschränkt. Dennoch gibt es eine Reihe von Möglichkeiten, die Sie und ich als Normalbürger haben, um die Menschen in der Ukraine zu unterstützen:

- **Solidarität zeigen:** Dieser Angriffskrieg wird auf verschiedensten Ebenen geführt. Auch die Demoralisierung der ukrainischen Bevölkerung und Regierung gehört dazu. Zeigen Sie Solidarität, wo es möglich ist, sei es online in Form von Social-Media-Beiträgen oder aber durch Teilnahme an Protesten oder Friedensgebeten.
- **Solidarität auch mit Russen:** Es ist wichtig, zu erkennen, dass die Aggressionen nicht von allen Russen mitgetragen werden. Bei Protestaktionen in Russland wurden mittlerweile Tausende verhaftet, da sie gegen den Angriffskrieg auf die Ukraine protestiert haben. Auch ist es wichtig, keinerlei Feindlichkeiten gegen in Deutschland lebende Russen zuzulassen.
- **Informationen kritisch hinterfragen:** In Zeiten von Social Media ist es einfach, Informationen weit zu streuen. Dennoch bietet es auch Raum für Missbrauch durch gezielte oder aber auch unbeabsichtigte Verbreitung von Fehlinformationen und falschen Beweismitteln. Sowohl von Seiten der Aggressoren als auch von Seiten der Angegriffenen kursieren eine Vielzahl an Informationen, Videos, Bildern und Berichten. Bitte hinterfragen Sie diese immer kritisch!
- **Vorbereitungen für Vertriebenenhilfe treffen:** Es wird eine Vielzahl an Vertriebenen erwartet. Viele werden in den direkt angrenzenden Staaten wie Polen oder Rumänien bleiben. Dennoch erwarten wir auch eine große Welle an Vertriebenen. Schaffen Sie bereits jetzt Netzwerke, sprechen Sie ukrainisch- oder russischsprachige Nachbarn an, sammeln Sie Adressen und Anlaufstellen, die den Ankommenden das Leben hier erleichtern können.

- **Stellen Sie wenn möglich Wohnraum bereit:** Das Landratsamt Miltenberg hat auf seiner Homepage (www.landkreis-miltenberg.de) eine Sonderseite „Der Landkreis hilft- Sonderseite zur Flüchtlingshilfe“ erstellt. Hier finden Sie Informationen, wo Sie zur Verfügung stehenden Wohnraum melden können, aber auch spenden und anderweitig helfen können.
- **Sachspenden:** Auch im Landkreis Miltenberg wurden verschiedene Stellen zur Abgabe von Sachspenden eingerichtet. Bitte spenden Sie nur, was noch in verwertbarem und nützlichem Zustand ist und informieren Sie sich im Voraus, was tatsächlich benötigt wird. Bitte sortieren und beschriften Sie so weit wie möglich vor. Die Verteilung der Sachspenden vor Ort bindet viele ehrenamtliche Kräfte, denen wir durch entsprechende Vorarbeiten ihre Arbeit erheblich erleichtern können.
- **Geldspenden:** Die Unterstützung der Ukraine und der Geflüchteten kostet Geld. Daher haben verschiedene Stellen Spendenkontos eingerichtet. Bitte prüfen Sie die jeweiligen Organisationen vor Ihrer Spende auf Seriosität, da es sich zeigt, dass auch hier Kriminelle die Spendenbereitschaft ausnutzen. Eine seriöse Organisation ist z. B. das Deutsche Rote Kreuz, die folgendes Spendenkonto eingerichtet hat:

Stichwort: „Nothilfe Ukraine“
IBAN: DE63 3702 0500 0005 0233 07
BIC: BFSWDE33XXX

- **Zusammengefasste Informationen** finden Sie zudem auf der Internetseite des Landratsamts: <https://www.landkreis-miltenberg.de/default.aspx?ID=04f9a692-4885-4593-82ea-cc3b268d036b>

Wir bedanken uns an dieser Stelle im Namen aller Betroffenen für Ihre Anteilnahme und Engagement in jedweder Art. Dieser Zusammenhalt und die Bereitschaft, anderen zu helfen, sorgt für einen Lichtblick in dieser dunklen Zeit.

Marktrat aktuell

Dezember

+++Restaurierung Jahnweg+++

Die Restaurierung des Jahnweges zum Toni-Degen-Stadion bzw. zum Restaurant Donato ist abgeschlossen. Die Straße wurde mit neuer Feinschicht versehen.

+++Traube Areal+++

Über das Traube Areal sind nun zwei weitere Bauplätze hinter dem Bankgebäude liegend durch den nun asphaltierten Weg angeschlossen worden. Hier können in privater Hand Häuser errichtet werden.

+++Neues bei den Feldgeschworenen+++

Ehrung von Burkhard Büttner für 25-jähriges Jubiläum als Feldgeschworener. Weiterhin wurde Roland Hartlaub als neuer Feldgeschworener vorgestellt. Die SPD Kleinwallstadt bedankt sich hiermit für das Engagement.

+++Toni-Degen-Preis+++

Als Preisträger wurden dieses Jahr die Vereine des TV Hofstetten, des FC Kleinwallstadt, des Musikvereins Kleinwallstadt und des KCV genannt. Das Preisgeld beträgt pro Verein 500,00 Euro.

+++Umbaumaßnahmen+++

Während in der Marktschule die Umbauarbeiten zu Ende gehen, wurden die Planungen für den Umbau im Bankgebäude bekannt gegeben. Hier soll im Obergeschoss u.a. künftig Räume für Arztpraxen entstehen.

+++Neubaubereich+++

Per Beschluss wurden die Namen für die künftigen Straßen im Neubaubereich festgelegt. Folgende fränkische Städte fanden Berücksichtigung: Nürnberg, Fürth, Erlangen und Coburg. Anfang 2022 stehen die Erschließungsarbeiten für die 42 Bauplätze an.

+++Anstehende Straßensanierungen+++

Die Sanierung des Köhlerweg und der Straße Am Felsenbuckel wurden mit ca. 1,8 Mio. veranschlagt. Die Arbeiten beziehen neben den Asphaltschichten auch den Austausch von Kanal und Wasserleitung mit ein.

Januar

+++Vorstellung vom neuen Bauamtsleiter+++

Mit Alexander Mehr wurde ein Kleinwallstädter als neuer Mitarbeiter im Bauamt vorgestellt. Die SPD Kleinwallstadt heißt ihn hiermit „Herzlich willkommen“ und wünscht gutes Gelingen. Er wird Norbert Schüßler ersetzen, der sich in den Ruhestand verabschiedet.

+++Artenschutz im Neubaubereich+++

Gleich mehrere artenschutzrechtliche Maßnahmen mussten nach Anweisung der unteren Naturschutzbehörde im Neubaubereich vor Baubeginn umgesetzt wer-

den. Es wurden u.a. 90 Fledermaus- und Vogelnistkästen aufgehängt, 3 Eichenburgen angelegt und 24 Biotopbäume im Wald ausgewiesen.

+++Baumfällung vor Marktschule+++

Die alte Hainbuche vor der Marktschule musste nun gefällt werden. Sie war bereits im Niedergang und wird nun durch eine Rotbuche ersetzt. Vorab wurde die beiden Umweltbeauftragten von der Gemeinde unterrichtet und stimmten dem Vorgehen zu.

+++Neugestaltung einer Grünanlage+++

In Hofstetten wird die Grünanlage an der Denninger Straße neugestaltet. Die marode Holzpergola wurde bereits entfernt. Ebenfalls wird die Straßenbeleuchtung verbessert.

+++Fahrradweg zwischen Hofstetten und Elsenfeld+++

Im Rahmen des Radwegekonzepts des Landkreises Miltenberg hat der Kreisbauausschuss beschlossen einen Radweg an der MIL25 zu bauen. Die Kosten werden vom Landkreis Miltenberg getragen.

Februar

+++Geschwindigkeitsmessgerät+++

Im Bereich der Mittleren Torstraße wurde ein Geschwindigkeitsmessgerät installiert. Hiermit soll das zu schnelle Einfahren in die Ortsmitte (Verkehrsberuhigter Bereich) verhindert werden.

+++Glasfaserbasierender Breitbandausbau+++

Entgegen den Planungen der Deutschen Telekom die Glasfaserausbau bis 2025 umzusetzen, wurde Kleinwallstadt nun priorisiert. Der komplette Ausbau wurde für das Jahr 2023 zugesagt.

+++Sanierungsarbeiten Rohestraße+++

Die bereits überfälligen Sanierungsarbeiten an der Rohestraße wurden gestartet. Bis Ende März ist mit Sperrung der Straße zu rechnen.

+++Öffnungszeiten der Bücherei+++

Nach Beratung im Finanzausschuss soll es nach Umzug der Gemeindebibliothek zu einer Optimierung der Öffnungszeiten kommen. So soll die Bücherei zusätzlich dienstags von 10:00 – 12:00 Uhr den Bürgern zur Verfügung stehen. Eine Bücherannahme wird dank Bücherklappe rund um die Uhr möglich sein.

+++Beginn der Erschließungsarbeiten Neubaubereich+++

Die Firma Gümbel hat nun mit den Erschließungsarbeiten im Neubaubereich begonnen. Ein offizieller Spatenstich wurde coronabedingt abgesagt.

+++Neuinstallation „Berliner Kissen“+++

Im Ostring, Höhe Weibersweg, wird das defekte „Berliner Kissen“ wieder zeitnah installiert. Die Plateaufpflasterung dient der Geschwindigkeitsdämpfung und kann nur bei bestimmter Witterung angebracht werden.

Jahresabschlussrede unseres Fraktionsvorsitzenden

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Marktgemeinderat,

für unseren Ort war das Jahr 2021 natürlich ein großes Jubiläumsjahr. Wir feierten das 50-jährige Jubiläum der Eingemeindung des Ortsteils Hofstetten. Eine Erfolgsgeschichte die geprägt ist von gegenseitiger Freundschaft und Vertrauen. Das ein Ortsteil mit der Kerngemeinde so gut fusioniert ist nicht selbstverständlich. Die in diesem Jahr auf den Weg gebrachte Planung eines Begegnungshauses im Kern von Hofstetten, zeigt den großen Stellenwert des Ortsteils für ganz Kleinwallstadt.

Eine weiteres Jubiläum auf das wir stolz sein dürfen ist die Städtepartnerschaft mit unserer französischen Partnergemeinde Saint-Pierre-en-Auge, ehemals Saint-Pierre-sur-Dives. Seit 1991 besteht ein enger Austausch über den Freundeskreis. Eine neu errichtete Regenbogen-Skulptur symbolisiert die Verbundenheit, mit einem gelungenen virtuellen Treffen konnten wir den Jahrestag auch in Corona-Zeiten gemeinsam feiern.

Als politisches Großereignis stand heuer die Bundestagswahl im Mittelpunkt und gemeinsam mit unserer Verwaltung und dank der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern konnten wir den Wahlablauf problemlos bewältigen. Als SPD-Fraktion waren wir natürlich über das Wahlergebnis hocherfreut. Wir wünschen der neuen Regierung unter Olaf Scholz alles Gute für die Bewältigung der bevorstehenden Aufgaben.

Der Corona-Virus war leider auch in diesem Jahr allgegenwärtig. Erneut bestimmten Regeln auch bei uns im Ort den Alltag, das Vereinsleben musste eingefroren werden, viele Festlichkeiten mussten entfallen. Lediglich ein abgespeckter Herbstmarkt und eine stark eingeschränkte Eingemeindungsfeier konnten verwirklicht werden. Wichtiger als berauschende Feste zu feiern ist aber die Eindämmung der Pandemie. Solidarität heißt aktuell Abstand halten, Mundschutz tragen und sich impfen bzw. boostern lassen.

Wir sind jedoch stolz sagen zu können, dass trotz der Corona-Krise und entstandenen Lieferengpässen in vielen Branchen 2021 einige Bauprojekte vorangetrieben werden konnten, dies ist im Ortskern unübersehbar. Die Bautätigkeiten am Gebäude der Marktschule stehen kurz vor der Fertigstellung, die Kanalarbeiten im Bereich des von

der Gemeinde erworbenen Bankgebäudes sind in vollem Gange. Für Anfang 2022 ist der Neueinzug der Gemeindebücherei in die Marktschule geplant.

Ein wichtiger Schritt in Richtung Zukunft ist dem Marktgemeinderat hinsichtlich des dringenden Themas Glasfaserausbau gelungen, den zweifellos ist der Ausbau zu Gunsten von schnellem Internet der berechtigte Wunsch aller Bürgerinnen und Bürger. Dank geschickter Verhandlungskunst der Verwaltung war das Interesse gleich von zwei Anbietern geweckt. Nachdem beide nacheinander ihr Konzept dem Gemeinderat vorstellten hatten, stimmten wir gemeinsam in einer nicht öffentlichen Sitzung für den Anbieter Deutsche Telekom.

Ein ähnlich strukturiertes Vorgehen wäre sicher auch zielführend beim kontroversen Thema Waldbestattung gewesen. Aus dem Blickwinkel der SPD wurde die grundsätzliche Frage nach dem Bedarf der Bevölkerung leider nie wirklich gestellt. Die Vertreter der Firma Ruheforst waren bei Terminen über die Konzeptvorstellung hinaus omnipräsent. Nun wird zumindest demokratisch einem Mitbewerber eine Chance eingeräumt, ebenfalls ein Angebot zur Gestaltung einer alternativen Bestattungsmöglichkeit außerhalb der Friedhofsmauern einzureichen. Der von der Firma Ruheforst favorisierte 12 ha große Standort an unserer Christkönigskapelle wurde vom Straßenbauamt aus infrastrukturellen Gründen abgelehnt.

Auch im neuen Jahr wird also die Arbeit für den Gemeinderat nicht weniger werden. Im Mittelpunkt der Projekte steht die Realisierung des Wohnbaugebiets „Südlich Hofstetter Straße V“. Im Zuge dessen sollte zeitnah die Vergabe der Bauplätze von statten gehen, um den Interessenten Planungssicherheit zu geben.

Für alle großen und kleinen Aufgaben, die sich dem Marktgemeinderat im Jahr 2022 stellen werden, wünsche ich uns allen zum Wohle der Kleinwallstädter Bevölkerung eine Schaffenskraft mit Visionen.

Abschließend wünsche ich jedem einzelnen Marktgemeinderatsmitglied von Herzen eine frohe und besinnliche Weihnachtszeit. Auf ein produktives Jahr 2022!

Marco Wetzelsberger
Fraktionsvorsitzender der SPD Kleinwallstadt

Antrag auf Instandsetzung und Erneuerung von defekten Verkehrs- und Straßenschildern

Unserem Fraktionsvorsitzender Marco Wetzelsberger fiel der Zustand von Verkehrsschildern und Straßenschildern ins Auge. Einige sind in keinem guten Zustand. Daher stellt er für die SPD-Fraktion nun folgenden Antrag im Marktgemeinderat:



Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

unsere Fraktion beantragt hiermit die Instandsetzung und Erneuerung von defekten Verkehrs- und Straßenschildern im Ortsbereich. Wer mit prüfendem Blick die zahlreichen Beschilderungen im Ortskern ins Auge fasst, muss feststellen, dass einige Schilder kein "Aushängeschild" mehr sind für Kleinwallstadt. Die Gründe hierfür sind vielfältig.

Viele Schilder werden durch Verkehrsunfälle in Mitleidenschaft gezogen. Die Folgen sind aus dem Fundament gerissene und verbogene Pfosten und Schilder. Wird der Unfall gemeldet und sind die Schäden offen sichtbar, erfolgt hier schnelle Abhilfe, der Schaden wird durch die Versicherung bezahlt.

Einem schleichenden Prozess sind die Schilder dagegen bei Umwelteinflüssen ausgesetzt. Aufgrund der Sonneneinstrahlung verblassen sie im Laufe der Jahre. Andere werden bei ungünstigem Standort durch Flechten und Pilze fast vollständig bedeckt. An Bäumen angebracht können auch Einwachsungen in Baumrinden stattfinden.

Eine große Zahl an Beschädigungen der Schilder entstehen durch Vandalismus. Durch körperliche Gewalt in Form von Tritten und Schlägen können hier Verformungen der Schilder

entstehen. Gerade bei älteren Schildern scheint auch das Lösen von einzelnen Buchstaben und Zahlen leicht möglich. Ein anhaltender Trend ist zudem das Bekleben aber auch das Besprühen mit Farbe. So manches Schild, so zum Glück aktuell im Ortsbereich nicht festgestellt, muss auch als Zielscheibe für Schießübungen erhalten. Gerade in Großstädten sind die Schäden hier immens. Dort werden bereits Schilder mit einer größeren Materialtiefe oder mit einer Spezialbeschichtung angebracht, auf der Aufkleber nach kurzer Zeit den Halt verlieren. Diese Schritte sind aus unserer Sicht in der Marktgemeinde nicht nötig. Jedoch sollten zahlreiche Schilder im Ortsbereich einfach gereinigt oder wenn nötig eben ausgetauscht werden.

Ordentliche Verkehrs- und Straßenschilder wirken sich nicht nur positiv auf das ganze Straßenbild aus. Ein Austausch eines defekten Straßenschildes zeigt auch eine gewisse Wertschätzung den betreffenden Anwohnern gegenüber. Im schlimmsten Fall können durch verschmutzte oder defekte Verkehrszeichen Unfälle mit möglichen Haftungsfolgen für die Kommunen entstehen. Auch Rettungskräfte laufen Gefahr bei unleserlichen Straßenschildern zu spät am Einsatzort einzutreffen.

Mit freundlichen Grüßen
Marco Wetzelsberger
 Fraktionsvorsitzender der SPD Kleinwallstadt



Solidarität während Corona: Demos und Gegendemos

In den vergangenen Wochen fanden im Landkreis Miltenberg wieder vermehrt Demos von Corona-Skeptikern statt. Hierfür reisten die Maßnahmenkritiker aus der gesamten Region an. Es waren dieser Tage Autokennzeichen aus Hanau, Darmstadt oder Würzburg zu entdecken. Während gegen eine Demonstration im Sinne unserer Verfassung nichts zu sagen ist, mischten sich jedoch auch

Personen mit anderen Zielen darunter. Sie verbreiteten erneut Lügen, Verschwörungstheorien sowie Hass und Hetze - ohne von den restlichen Demonstranten Widerspruch zu erfahren. In Elsenfeld und Miltenberg fanden daher jeweils Aktionen statt, die ein klares Zeichen gegen diese Umtriebe setzten:

LICHTERMEER

+ weil wir sind mehr +

Am Samstag, 29.01.2022
 von 18.00 bis 19.30 Uhr
 im Elsavapark Elsenfeld

WIR SIND NICHT GEGEN, SONDERN

- für **SOLIDARITÄT!**
- für **RÜCKSICHTNAHME!**
- für **DEMOKRATIE & ZUSAMMENHALT!**
- für Vertrauen in die **WISSENSCHAFT!**

Bitte kräftig teilen!!!

Wichtig: Wir positionieren uns nicht gegen Menschen, die aus Angst vor einer Impfpflicht auf die Straße gehen, friedlich protestieren und sich an die gesetzlichen Vorgaben für diese Kundgebungen halten.
 Wir fordern zum Impfen auf, treten aber nicht für eine Impfpflicht ein.

KOMMT VORBEI

→ und bringt möglichst viele Kerzen (in Gläsern) mit
 - keine Fackeln oder ungeschützte Flammen -

Veranstalter: Kai Hohmann, Andreas Hohm, Werner Billmaier

ZEICHEN SETZEN

Miltenberger Kehraus

Samstag, 05.02.2022, 18.15 Uhr
 Start unter der Martinsbrücke

Ökumenische Andacht
 17.30 Uhr, Jugendhaus St. Kilian

Wir reinigen die Stadt mit Besen symbolisch von

- Falschinformationen über die Corona-Pandemie
- Verschwörungserzählungen
- Wissenschaftsfeindlichkeit
- Ignoranz gegenüber den Schutzvorkehrungen
- radikalem Gedankengut.

Bitte Besen oder Handfeger mitbringen. Zum Schutz aller bitte Maske tragen und Abstand halten.

Wir positionieren uns **nicht** gegen Menschen, die aus Angst vor einer Impfpflicht auf die Straße gehen, friedlich protestieren und sich an gesetzliche Vorgaben für diese Kundgebungen halten. Wir fordern zum Impfen auf, treten aber nicht für eine Impfpflicht ein.

Anmelderin: Sabine Balleier (SPD)



josumiltenberg Gestern beteiligten wir uns am #Lichtermeer in #Elsenfeld. Wichtig war zu zeigen: nur weil eine Gruppe sehr oft und sehr laut auf die Straße geht, ist sie lange nicht die Mehrheit und schon gar nicht im Recht! Friedlich setzten wir mit ca. 200 Teilnehmer:innen ein Zeichen für #Solidarität, Vertrauen in die Wissenschaft und vor allem #Demokratie!

Nächsten Samstag wollen wir aus den gleichen Gründen auch in #Miltenberg präsent sein. Nähere Infos folgen.



spd_kv_miltenberg Wir müssen uns die Möglichkeit zur sachlichen Diskussion auf Basis von Fakten zurückerobern! Viele Menschen aller politischen und gesellschaftlichen Richtungen haben am Samstag beim #MiltenbergerKehraus gezeigt, dass sie zusammenstehen gegen Verschwörungsmärchen, Desinformation und (rechts-)extremes Gedankengut.

Echte Gleichberechtigung noch lange nicht erreicht!

Jusos Miltenberg stellen Antrag zum Weltfrauentag: Kostenlose Menstruationsartikel in Einrichtungen des Landkreises

Landkreis Miltenberg. Zum feministischen Kampftag am 8. März überreichten die Jusos im Landkreis Miltenberg einen Antrag an die SPD-Kreistagsfraktion, um „in öffentlichen Einrichtungen des Landkreises, sowie bei Veranstaltungen, bei denen der Landkreis als Veranstalter auftritt, unkompliziert und kostenlos Menstruationsartikel zur Verfügung zu stellen“, wie es wörtlich heißt.

„Auch 2022 haben wir noch viel Handlungsbedarf bei der Geschlechtergleichberechtigung“, nennt die stell-

vertretende Vorsitzende Anne Abb als Begründung. Nach wie vor seien vor allem die schlechter bezahlten Berufsgruppen in Deutschland von Frauen dominiert. Das zeige sich besonders in der Pflege. Hinzu kommt laut den Jungsozialisten, dass Frauen häufiger in Teilzeit arbeiten, da sie den Löwenanteil sogenannter „Care-Arbeit“, also bspw. Kinderbetreuung und Altenpflege im privaten Rahmen

stemmen müssen. „Wir müssen endlich davon wegkommen, bestimmte Tätigkeiten bestimmten Geschlechtern zuzuschreiben“, sagt Juso-Vorsitzender Samuel Herrmann hierzu und fügt an: „Die Zeiten in denen



zwangsläufig ‚die Männer‘ das Geld verdienen und ‚die Frauen‘ sich um Kinder und Haushalt kümmern, müssen endgültig vorbei sein.“

Die Jusos resümieren: Frauen haben weniger Geld zur Verfügung. Gleichzeitig benötigen sie im Gegensatz zu Männern Menstruationsartikel. Nach Angaben von Statista belaufen sich die Kosten von menstruie-

renden Personen für Hygieneartikel, Verhütungsartikel und Schmerztabletten auf ca. 7.000 € im Laufe eines „Periodenlebens“. Jolanda Schröder (Kleinwallstadt) meint: „Es ist nicht gerecht, dass Frauen aus rein biologischen Gründen Mehrkosten haben und trotzdem gleichzeitig weniger Geld als Männer verdienen.“

Der Staat könne laut Jusos entgegenwirken. Sie wollen daher auf Kreisebene ansetzen und fordern, kostenlose Menstruationsartikel zur Verfügung zu stellen. Das funktioniere bereits an anderen Orten: In Karlsruhe beschloss der Stadtrat ein entsprechendes Pilotprojekt, an den Universitäten Passau und Regensburg gibt es bereits Spender mit Binden und Tampons auf den Toiletten und in Schottland

wurde durch das Parlament für das gesamte Land beschlossen, Menstruationsartikel an öffentlichen Orten zur Verfügung zu stellen. Das sei zudem ein guter Weg, die Menstruation zu enttabuisieren, worauf auch die Jusos Wert legen. Die SPD-Kreistagsfraktion unterstützt den Antrag und wird ihn einreichen. Er sei ein kleiner, weiterer Schritt zur Gleichberechtigung.

19. März: Wir gedenken dem rassistischen Anschlag in Hanau



Wir wollen heute an die Menschen erinnern, die vor zwei Jahren bei einem rassistischen Anschlag in Hanau getötet wurden: **Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Kaloyan Velkov, Ferhat Unvar, Gökhan Gültekin, Mercedes Kierpacz, Vili Viorel Păun, Fatih Saracoğlu und Sedat Gürbüz.**

SPD Soziale Politik für Dich.

Vor zwei Jahren erschoss ein Deutscher in Hanau neun Menschen bei einem rassistischen Anschlag. Bundesinnenministerin Nancy Faeser rief als Lehre aus der Tat zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zum Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus auf.

„Kein Vergeben - kein Vergessen“: Mit Aufrufen zu einem entschiedenen Kampf gegen Rassismus, Hass und Hetze ist am Samstag der neun Opfer des rassistischen Anschlags in Hanau gedacht worden. „Dieser Anschlag kam nicht aus dem Nichts. Und er geschah auch alles andere als zufällig“, sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser bei der zentralen Gedenkveranstaltung auf dem Hanauer Hauptfriedhof. Nährboden sei „ein Klima der Menschenverachtung, das gewaltbereite Extremisten anstachelt und im schlimmsten Fall zur Tat schreiten lässt“.

Am Nachmittag kamen in der Hanauer Innenstadt nach Polizeiangaben rund 1000 Menschen zu einer Kundgebung zusammen, um an die Opfer zu erinnern und Konsequenzen zu fordern. Auch in vielen anderen deutschen Städten gab es Gedenkveranstaltungen.

23. März: Bundes-Kabinett beschließt 12 EURO Mindestlohn



Wir machen Politik für eine Gesellschaft des Respekts. Respekt bedeutet auch, von seiner Arbeit leben zu können. Deshalb erhöhen wir den Mindestlohn ab Oktober auf 12 Euro. Das bedeutet für Millionen Beschäftigte in Deutschland: Sie haben jeden Monat mehr Geld im Portemonnaie.

Das Gesetz ist jetzt auf dem Weg - und damit setzen wir noch in diesem Jahr ein zentrales Wahlversprechen um. Denn: „Ein armutsfester Mindestlohn ist eine Frage der Leistungsgerechtigkeit und des Respekts vor ehrlicher Arbeit“, betont Arbeitsminister Hubertus Heil.

MINDESTLOHN STEIGT AB OKTOBER AUF 12 EURO

- Von der Erhöhung profitieren Millionen Menschen in Deutschland.
- Vor allem Frauen.
- Und vor allem in Ostdeutschland, wo der Niedriglohnbereich wegen mangelnder Tarifbindung besonders groß ist.
- Ein höherer Mindestlohn ist ein wichtiger Beitrag gegen Armut im Alter. Denn mehr Lohn heißt auch: mehr Rente.

Quelle: <https://www.spd.de/aktuelles/mindestloohnerhoehung/>

23. März: Söder lässt sein Kabinetts-Kraussell weiter drehen



Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder stellt sein Kabinett um. Neuer Wissenschaftsminister ist Markus Blume statt Bernd Sibler. Christian Bernreiter ist nun Bau- und Verkehrsminister statt Kerstin Schreyer. Im Sozialministerium kommt Carolina Trautner für Ulrike Scharf ins Spiel. Abschließend wird Sandro Kirchner neuer Staatssekretär im Innenministerium und folgt so auf Gerhard Eck.

Markus Söders Plan ist klar: Er möchte sich für die nahe Landtagswahl 2023 neu aufstellen. Dass sein Karussell reine Parteipolitik sind, zeigt sich vorallem dadurch, dass der bisherige CSU-Generalsekretär nun Minister werden soll, während Stephan Mayer als MdB nun Generalsekretär und Tanja Schorer-Dremel als MdL nun stellvertretende Generalsekretärin ist. Das ganze Wechselschauspiel zwischen Regierungs- und Parteiämtern findet selbstredend am gleichen Tag statt. Ein Vertuschen der eigentlichen Absichten wäre ja ohnehin nicht möglich.

Versucht man ernsthaft weitere Gründe für dieses Kabinetts-Karussell zu finden, kann man eigentlich nur auf zwei Möglichkeiten kommen: Entweder, die von Markus Söder höchst persönlich zuvor berufenen Minister:innen haben schlechte Arbeit geleistet - oder nicht. Im ersten Fall wäre es erstaunlich, dass dies dem Herrn Ministerpräsidenten urplötzlich und gleichzeitig auffällt. Für letzteren Fall würde es bedeuten, dass er gute Minister für die Wahl opfert und Regierungsposten somit einen sehr geringen Wert bemisst.

24. März: Putin startet seinen Angriffskrieg auf die Ukraine



Der russische Präsident Putin hat heute mit seinem Überfall der Ukraine das Völkerrecht eklatant gebrochen. Das ist ein Angriff auf die Menschen in der Ukraine und auf Demokratie und Freiheit in ganz Europa. Heute ist ein schwarzer Tag für die Ukraine und für uns alle. Ein Namensbeitrag der SPD-Vorsitzenden Saskia Esken und Lars Klingbeil.

Das ist Putins Krieg. Für diese militärische Eskalation und die Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine gibt es keine Rechtfertigung.

Unsere Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine. Wir stehen an ihrer Seite und der ihrer Regierung um Präsident Selenskyj. Wir sind in enger Abstimmung mit unseren europäischen Partnern, der G7 und der NATO. Wir werden gemeinsam entschieden antworten und ein hartes Sanktionspaket vorlegen. Dafür ist alles vorbereitet.

Unser Bundeskanzler Olaf Scholz hat in seiner heutigen Pressekonferenz deutlich gemacht, dass der russische Präsident Putin den militärischen Angriff sofort stoppen, dem Blutvergießen Einhalt gebieten und seine Truppen vom Territorium der Ukraine vollständig zurückziehen soll. Die Bundesregierung hat unsere volle Unterstützung. Gemeinsam mit unseren internationalen Partnern verteidigen wir unsere Werte, Freiheit und Demokratie in Europa.

Quelle: <https://www.spd.de/aktuelles/detail/news/solidaritaet-mit-der-ukraine/24/02/2022/>

Landtag

Kabinettsumbildung: Menschen brauchen endlich solide und verlässliche Politik statt Söders One-Man-Show

Fraktionschef Florian von Brunn: Die Regierung und vor allem ihr Ministerpräsident müssen zentrale Aufgaben endlich anpacken – unabhängig davon, wer den jeweiligen Ressorts gerade vorsteht

Angesichts der heute beschlossenen Kabinettsumbildung in Bayern fordert der SPD-Fraktionschef Florian von Brunn echte Verbesserungen für die Menschen in Bayern. „Die Menschen in Bayern, die so viel leisten, und die in den letzten zwei Jahren der Pandemie so viel ertragen haben, brauchen solide Politik“, so von Brunn. „Sie haben ein Recht darauf, dass man ihre Anliegen ernst nimmt, sich um ihre Probleme kümmert - und sich nicht nur selbst inszeniert. Das Land ist keine Show-Bühne!“

Eines der drängendsten Probleme in Bayern sei der Wohnungsbau. Die Menschen in Bayern haben ein Recht auf bezahlbare Wohnungen. Hier habe sich seit den großen Ver-

sprechungen des Ministerpräsidenten im Jahr 2018 kaum etwas getan: „Die groß angekündigte BayernHeim hat bisher so gut wie keinen eigenen Wohnraum geschaffen, sie ist kläglich gescheitert. Im Vergleich dazu hat die Landeshauptstadt mit ihren Wohnungsbaugesellschaften zwanzig Mal so viele Wohnungen geschaffen. Und auf Bundesebene werden Bundeskanzler Olaf Scholz und Bauministerin Klara Geywitz den Wohnungsbau jetzt im Interesse auch der Menschen in Bayern voranbringen. Die Staatsregierung muss hier endlich tätig werden. Das ist eine zentrale Aufgabe, die endlich angepackt und gelöst werden muss, egal, wer diesem Ressort vorsteht.“

Ähnlich sehe es beim öffentlichen Verkehr in Bayern aus, so der SPD-Fraktionsvorsitzende: „Auch hier ist die Regierung Söder nicht in die Puschen gekommen. Sie löst nicht ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag ein, in den großen Städten

ein 365-Euro-Ticket einzuführen. Und sie schafft es nicht, für besseren öffentlichen Verkehr auf dem Land zu sorgen. Zur Erinnerung: Von den zehn am schlechtesten mit ÖPNV versorgten Landkreisen in Deutschland liegen sieben in Bayern. Das ist beschämend für ein wirtschaftlich so starkes Bundesland! Wir werden uns – gerade im Interesse der Menschen im ländlichen Raum – für deutliche Verbesserungen einsetzen!“

Die Schlussfolgerungen aus diesen und vielen anderen Versäumnissen sei völlig klar, so von Brunn: „Es hängt nicht an einzelnen Ministerinnen und Ministern. Markus Söder trägt die politische Verantwortung für das, was seine Staatsregierung schafft oder schuldig bleibt!“

Quelle: <https://bayernspd-landtag.de/presse/pressemittelungen/?id=753413>

Söders Wackelkurs zieht sich durch:



Quelle: <https://www.facebook.com/bayernspd.landtag/posts/4974413095913252>

SPD-regierte Landeshauptstadt München baute seit 2018 zwanzig Mal so viele Wohnungen wie Söders Flop

Fraktionschef Florian von Brunn: Regierung Söder versagt beim Bau bezahlbarer Wohnungen – Freistaat soll Flächen für kommunalen Wohnungsbau zur Verfügung stellen.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Florian von Brunn zeigt sich nach den jüngsten Meldungen über die extrem niedrigen Wohnungsbau-Zahlen der Staatsregierung verwundert: „Ich habe zuerst gedacht, das kann nicht sein. Aber leider stimmt es. Dann habe ich mir von Dieter Reiter seine Münchner Zahlen geben lassen. Der Unterschied ist enorm: Die Landeshauptstadt München hat in den letzten Jahren rund zwanzig Mal so viele Wohnungen gebaut wie die Regierung Söder!“ – 4.674 Wohnungen sind seit 2018

durch die städtischen Wohnungsgesellschaften GWG und GEWOFAG in München entstanden, dagegen magere 234 in ganz Bayern durch die sogenannte BayernHeim. Für von Brunn ist klar: „Die Stadt München mit ihrem SPD-Oberbürgermeister Dieter Reiter zeigt, wie man trotz schwierigster Bedingungen bezahlbaren Wohnraum schaffen kann. Der Ministerpräsident hat 2018 mit immensen Ankündigungen die BayernHeim ins Leben gerufen, nachdem er die Landesbank-Wohnungen verscherbelt hat. Leider war und ist das ein totaler Flop.“

Von Brunn erinnert daran, dass die 33.000 Wohnungen der früheren staatlichen GBW, die 2013 unter dem damaligen Finanzminister Söder privatisiert und an Wohnungsbau-Investoren verkauft worden sind, bis



her nicht annähernd ersetzt wurden. „Durch den Verkauf waren bayernweit rund 80.000 Mieterinnen und Mieter von dem Verkauf betroffen. Viele von ihnen mussten ausziehen, weil sie die stark steigenden Mieten nicht mehr zahlen konnten. Anstatt zumindest zu versuchen, diesen Fehler halbwegs wieder gut zu machen, hat die BayernHeim nur 234 Wohnungen angekauft. Gerade einmal 522 sind im Bau. Zum Vergleich: In München werden gerade weitere 3.453 städtische Wohnungen gebaut.“

Auch die Planungen der Landeshauptstadt liegen deutlich über denen von BayernHeim: „Bis 2026 sollen in München weitere 5.265 neue Wohnungen gebaut werden“, betont der SPD-Fraktionsvorsitzende. „Markus Söder dagegen hatte 2018 versprochen, in Bayern bis 2025 gerade einmal 10.000 neue Wohnungen zu bauen. Und sogar diese Ziele sind nicht mehr zu erreichen. Die BayernHeim ist ein Flop. Das ist eine bittere Enttäuschung für die Menschen, die dringend auf bezahlbaren Wohnraum warten. Wir fordern als Konsequenz, dass der Freistaat alle bebaubaren Grundstücke zu günstigen Preisen an Wohnungsbaugenossenenschaften sowie an Städte und Gemeinden für kommunalen Wohnungsbau abgibt. Das Beispiel München zeigt, dass so erschwingliche Wohnungen gebaut werden!“

Quelle: <https://bayernspd-landtag.de/presse/pressemitteilungen/?id=744865>

Bild: <https://www.facebook.com/bayernspd.landtag/posts/4979816168706278>

Bundesebene

Herzlichen Glückwunsch! Reem Alabali-Radovan ist erste Antirassismus-Beauftragte der #Bundesregierung.



Sie wurde Mittwoch im Kabinett dazu berufen.

„Wir meinen es ernst, wir geben dem Kampf gegen #Rassismus die höchste Priorität; zentral aus dem Bundeskanzleramt heraus“, sagte Reem Alabali-Radovan.

Die Berufung von Staatsministerin Reem Alabali-Radovan zur ersten Antirassismus-Beauftragten der Bundesregierung ist ein unglaublich wichtiges und starkes Zeichen. „Ich bin mir sicher, dass Reem Alabali-Radovan diese Aufgabe mit klarer Haltung und dem notwendigen Tatendrang angehen wird - für ein Deutschland, das Offenheit, Integration und Teilhabe lebt und klar gegen Rassismus und Diskriminierung steht“, sagte Katja Mast, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion.

Reem sitzt seit verganginem Jahr im #Bundestag, ist außerdem #Integrationsbeauftragte der Bundesregierung.

Quelle: <https://www.facebook.com/SPD/posts/10158928643577749>

AUS RESPEKT: MEHR LOHNGERECHTIGKEIT.

Respekt bedeutet für uns, von seiner Arbeit leben zu können. Deshalb erhöhen wir den Mindestlohn auf 12 Euro und sorgen für mehr Tarifbindung. Wie das geht, hat Saarländische Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger vorgemacht.

Respekt bedeutet für uns, von seiner Arbeit leben zu können. Dafür haben wir 2015 den Mindestlohn eingeführt, der seitdem regelmäßig gestiegen ist. Und ab Oktober heben wir den Mindestlohn an auf 12 Euro. Am Mittwoch bringt Arbeitsminister Hubertus Heil ein entsprechendes Gesetz in das Kabinett. „Darauf sind wir sehr stolz“, sagte SPD-Chef Lars Klingbeil am Montag in Berlin. Damit setze die SPD ein zentrales Wahlversprechen um. „Das ist eine Verbesserung für Millionen Menschen in diesem Land, die unmittelbar im Portemonnaie spüren werden, was die SPD durchgesetzt hat.“

Mehr Lohn durch Tariftreue
Doch Mindestlöhne bilden lediglich die Lohnuntergrenze. Für uns ist klar: Gute Arbeit verdient angemessene, faire Löhne. Löhne, die in Tarifverträgen vereinbart werden. Deshalb will die SPD mit einem Tariftreuegesetz Tarifverträge zur Grundlage für öffentliche Aufträge des Bundes machen. Damit wird die Marktmacht des Staates zum Hebel die Tarifbindung zu steigern, weil Tarifflicht nicht mehr lohnt. Das ist notwendig, denn zurzeit arbeiten nur noch 48 Prozent der Beschäftigten unter dem Dach eines Tarifvertrags. Das wollen wir ändern.

Vorbild dafür ist das im Januar in Kraft getretene wegweisende Tariftreuegesetz aus dem Saarland. Mit ihrem „Fairer-Lohn-Gesetz“ hat die

saarländische Wirtschaftsministerin und SPD-Spitzenkandidatin für die Landtagswahl Anke Rehlinger das Saarland zum bundesweiten Vorreiter für faire Bezahlung und Arbeitsbedingungen gemacht.

Für mehr ordentliche Tarifverträge
Wer im Saarland einen Auftrag der öffentlichen Hand – also etwa vom Land oder den saarländischen Kommunen – erhalten will, muss seit Januar 2022 seinen Beschäftigten Tariflohn zahlen, auch wenn der Betrieb sonst nicht tarifgebunden ist. Damit wird verhindert, dass das günstigste Angebot eine Ausschreibung gewinnt – auf Kosten der Beschäftigten. Denn der billigste Anbieter ist eben nicht immer der Beste.

Signal für faire Löhne
„Das ist ein kluger Weg“, sagte Anke Rehlinger am Montag in Berlin. Denn die öffentliche Hand komme so ihrem Vorbildcharakter nach und unterstütze damit nur gute Arbeit statt Lohndumping. Die saarländische Wirtschaftsministerin verbindet damit auch eine Signal-Wirkung: Mit dem Tariftreuegesetz setze der Staat Anreize, Tarifverträge abzuschließen. „Das führt zu mehr Tarifbindung“ und betreffe nicht nur den Lohn, sondern auch das Arbeitsverhältnis (Urlaubstage, Weihnachtsgeld etc.).

„Die SPD macht den Unterschied“, heißt es im Beschluss des Parteivorstands für mehr Lohngerechtigkeit. Das zeige auf der anderen Seite das Beispiel Schleswig-Holstein, wo die CDU-geführte Landesregierung vor zwei Jahren das dortige Tariftreuegesetz abgeschafft habe.

Quelle: <https://www.spd.de/aktuelles/mindestloohnerhoehung/>

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH, FRANK-WALTER STEINMEIER!

Die Bundesversammlung hat Frank-Walter Steinmeier als Bundespräsident mit großer Mehrheit bestätigt. Steinmeier nahm die Wiederwahl mit einem deutlichen Appell an Russland und einem starken Plädoyer für Demokratie und mehr Mut zu Veränderung an. „Seien wir nicht ängstlich! Packen wir die Zukunft bei den Hörnern.“

Frank-Walter Steinmeier, der von den Ampel-Parteien SPD, Grüne und FDP sowie von der CDU/CSU-Opposition nominiert wurde, kam auf eine Zustimmung von rund 73 Prozent. Er erhielt 1045 von 1425 gültigen Stimmen und nahm die Wahl direkt im Anschluss an die Verkündung des Ergebnisses an. Zwölf Stimmen waren ungültig. Steinmeier ist damit erst der fünfte Bundespräsident mit einer zweiten Amtszeit.

Er wolle für „alle Menschen, die in unserem Land leben“ Bundespräsident sein, sagte Steinmeier in seiner Rede. Überparteilich werde er sein, „ja – aber ich bin nicht neutral, wenn es um die Sache der Demokratie geht“, so Steinmeier. „Wer für die Demokratie streitet, hat mich an seiner Seite. Wer sie angreift, wird mich als Gegner haben!“

Steinmeier: Demokratie braucht Kontroverse

Zugleich versprach der Bundespräsident, er werde „keine Kontroverse scheuen, Demokratie braucht Kontroverse. Aber es gibt eine rote Linie,

und die verläuft bei Hass und Gewalt. Und diese rote Linie müssen wir halten in diesem Land“, betonte Steinmeier. „Gegner der Demokratie, von außen und von innen, säen in der Pandemie Zweifel an unserer Handlungsfähigkeit und unseren Institutionen, an der freien Wissenschaft, den freien Medien.“



Angesichts der bedrohlichen Situation an der russisch-ukrainischen Grenze mahnte Steinmeier: „Die Abwesenheit von Krieg auf unserem Kontinent war uns zur Gewohnheit geworden.“ Doch Frieden sei nicht selbstverständlich, „er muss immer wieder erarbeitet werden, im Dialog, aber wo nötig, auch mit Klarheit, Abschreckung und Entschlossenheit. All das braucht es jetzt.“

Steinmeier warnt Putin: Stärke der Demokratie nicht unterschätzen

Klare Worte richtete das deutsche Staatsoberhaupt an den russischen

Präsidenten Wladimir Putin: Für den drohenden Krieg „trägt Russland die Verantwortung“. Das Bündnis NATO sei essentiell für den Frieden Deutschlands und Europas. Deutschlands Botschaft an die Nato-Partner in Osteuropa sei: „Sie können sich auf uns verlassen.“ Zugleich warnte er Putin: „Unterschätzen Sie nicht die Stärke der Demokratie!“ Sein Appell an den russischen Präsidenten: „Lösen Sie die Schlinge um den Hals der Ukraine! Und suchen Sie mit uns einen Weg, der Frieden in Europa bewahrt!“

Steinmeier will sich mit Mitbewerber gegen Obdachlosigkeit engagieren

Der neu gewählte Bundespräsident bot einem seiner unterlegenen Mitbewerber eine Zusammenarbeit im Kampf gegen Obdachlosigkeit angeboten. „Sie haben mit Ihrer Kandidatur auf ein Thema aufmerksam gemacht, das mehr Auf-

merksamkeit verdient: die Lage der Ärmsten und Verwundbarsten in unserem Land“, sagte Steinmeier an den Kandidaten der Linken, den Mediziner Gerhard Trabert, gewandt. „Dafür, Herr Trabert, gebührt Ihnen nicht nur Respekt, sondern ich hoffe, dass Ihr Impuls erhalten bleibt.“ Trabert engagiert sich seit Jahrzehnten für die medizinische Versorgung von Obdachlosen und in der Flüchtlingshilfe.

Sowohl Trabert als auch er selbst beschäftigten sich mit dem Thema Obdachlosigkeit seit langer Zeit, sagte Steinmeier. „Warum schauen

wir nicht, ob wir diesem drängenden Thema gemeinsam mehr Aufmerksamkeit verschaffen können, Herr Trabert? Ich würde mich freuen, wenn wir darüber ins Gespräch kämen.“

„Nichts leuchtet heller als die Idee der Freiheit und Demokratie“

Der Bundespräsident nutzte seine Antrittsrede für ein flammendes Plädoyer für die Demokratie. Die Zukunft sei offen, so Steinmeier. Und auf diese Offenheit habe niemand, kein Autokrat und keine Ideologie, bessere Antworten als die Demokratie. „Also: Machen wir uns nicht selbst klein! Seien wir nicht ängstlich! Packen wir die Zukunft bei den Hörnern! Mögen die Autoritären doch ihre Eispaläste und Golfresorts bauen. Nichts davon ist stärker, nichts leuchtet heller als die Idee der Freiheit und Demokratie in den Köpfen und Herzen der Menschen!“

Jede und jeder im ganzen Land, der sich um mehr kümmere als sich selbst – „der gewinnt ein Stück Zukunft für uns alle“. Jede und jeder, der sich engagiert – im Beruf oder im Ehrenamt, im Gemeinderat oder im Verein – „der kämpft den Kampf um die Zukunft der Demokratie!“ Jede und jeder, der anpacke, im Großen und im Kleinen – „der bringt die Kraft der Demokratie zum Leuchten!“ Steinmeier weiter: „Gehen wir’s gemeinsam an. Ich freue mich auf das, was vor uns liegt!“

Scholz: „Der richtige Präsident zur richtigen Zeit“

Bundeskanzler Olaf Scholz gratulierte dem Bundespräsidenten zur Wie-

derwahl. Steinmeier sei in der Lage, in schwierigen Zeiten Orientierung zu geben. Diese sei nötig mit Blick auf die Pandemie und die Sicherung des Friedens in Europa. „Frank-Walter Steinmeier hat in der Vergangenheit schon gezeigt, dass er genau dazu in der Lage ist“, so Scholz. Frank-Walter Steinmeier sei „der richtige Präsident genau zur richtigen Zeit“.

Bas: „Trauen wir uns Veränderung und Fortschritt zu!“

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas eröffnete die Bundesversammlung mit einem Appell für mehr Mut und Respekt angesichts der aktuellen Krisen. Sie rief dazu auf, auch unter den erschwerten Bedingungen von Corona-Pandemie, Ukraine-Konflikt, Klimawandel und Preissteigerungen nicht die Nerven zu verlieren. „Jede Zeit stellt neue Aufgaben. Mit jedem Schritt vorwärts sind Risiken verbunden“, sagte sie und forderte: „Trauen wir uns dennoch Veränderung und Fortschritt zu!“

Bärbel Bas beschrieb die polarisierte Stimmung im Land: „Scheinbar unversöhnlich stehen Menschen sich gegenüber, die unterschiedliche Einstellungen haben. Die Stimmung im Land, in Familien und Freundeskreisen leidet darunter. Dagegen hilft kein Impfstoff.“ Deshalb seien Mut, Zuversicht und ein respektvoller Ton im Umgang mit Andersdenkenden jetzt so wichtig. „Die Mehrheit hat nicht automatisch Recht - die Minderheit aber auch nicht“, betonte sie. Alle müssten sich bewegen und aufeinander zugehen.

Klingbeil: Steinmeier der Brückenbauer

SPD-Chef Lars Klingbeil hatte vor der Wahl betont, in einer so polarisierten Zeit brauche Deutschland einen Bundespräsidenten, „der in der Lage ist, Brücken zu bauen, der in der Lage ist, Menschen zusammenzubringen, auch eine Sprache zu finden, die das Land zusammenhält und vereint“. Das sei Steinmeier. Er gehe davon aus, dass sich Steinmeier in einer zweiten Amtszeit noch stärker in gesellschaftlichen Kontroversen einmischen und dem Land stärker Orientierung geben werde.

Aus Paris gratulierte Frankreichs Regierungschef Emmanuel Macron auf deutsch. „Mögen wir auch weiterhin gemeinsam die kostbare Freundschaft stärken, die Deutschland und Frankreich verbindet, und die europäischen Werte fördern, die wir teilen“, schrieb er auf Twitter. Italiens Staatschef Sergio Mattarella, der mit Steinmeier befreundet ist, äußerte „Freude und eine tiefe Genugtuung“.

Mit Frank-Walter Steinmeier, der seine Parteizugehörigkeit zur SPD als Bundespräsident ruhen lässt, wurde zum ersten Mal seit Reichspräsident Friedrich Ebert und den Bundespräsidenten Gustav Heinemann und Johannes Rau ein Sozialdemokrat als Staatsoberhaupt wiedergewählt.

Quelle: <https://www.spd.de/aktuelles/detail/news/herzlichen-glueckwunsch-frank-walter-steinmeier/13/02/2022/>

Bild: https://www.spd.de/fileadmin/Bilder/Aktuell_SPD_2021/Bilderstrecken/Bundesversammlung_2022/Strecke/Steinmeier_Glueckwunsch.png

Deine Ansprechpartner



Samuel Herrmann
Vorsitzender SPD-Kleinwallstadt

samuel.herrmann@spd-
kleinwallstadt.de



Marco Wetzelsberger
Fraktionsvorsitzender

marco.wetzelsberger@spd-
kleinwallstadt.de



Jürgen Kroth
Marktgemeinderat

juergen.kroth@spd-
kleinwallstadt.de



Josua Herrmann
Social-Media-Beauftragter

josua.herrmann@spd-
kleinwallstadt.de

**Solidarität
mit der Ukraine.
Nein zu Putins Krieg.
Frieden jetzt!**



Spendenkonto Deutsches Rotes Kreuz:

Stichwort: „Nothilfe Ukraine“
IBAN: DE63 3702 0500 0005 0233 07
BIC: BFSWDE33XXX